

Sattler-Zeitung

Nr. 23.

Berlin, den 17. November 1900.

14. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Liste Nr. 6777)
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Sassenbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.
Gesamtsprach-Nummer: Amt VII, 788.

Insertate die 3 gepaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Inhalt.

Regelung des Prüfungswesens im Handwerk. — Struppellose Unternehmer. — Der Herr Oberhofmeister. — Der internationale sozialistische Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress. — Ein Ammenmärchen. (Fruhlinton). — Volkshochschulen. — Die Frankfurter Versicherung im Jahre 1898. — Streiks und Lohnbewegungen. — Eingefascht. — Vereinsleben. — Rechtsprechung. — Innungswesen. — Vermischtes. — Bäckerchau. — Briefkasten. — Anzeigen.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob und wo am Orte gestreikt wird resp. ob eine Werkstelle gesperrt ist.

Gesperrte Werkstellen:

Offenbach a. M. Die Tischner-Werkstellen J. G. Hoffe, Ph. Antip, F. Mayer, W. Veisler Sohn, R. Kraft und E. Gottlieb.
Fischhofwerder i. S. Winter u. Comp., Militär-Effekten.

Regelung des Prüfungswesens im Handwerk.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat die Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern angewiesen, für die Regelung des Gesellenprüfungswesens die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Hierbei sollen im Wesentlichen folgende Grundsätze beachtet werden:

1. Allen im Handwerk — nur dieses kommt in Betracht — beschäftigten Lehrlingen ist nach Ablauf der Lehrzeit Gelegenheit zur Ablegung der Lehrlingsprüfung zu geben, und zwar unabhängig davon, ob für die betreffende Handwerkszweige im Handwerkskammerbezirk Innungen bestehen oder nicht.

2. Bei den Zwangsinnungen müssen Prüfungsausschüsse bestellt werden, deren Vorsitzende von dem Vorstande der Handwerkskammer ernannt und deren Beisitzer von der Innungsversammlung und von dem Gesellenausschusse gewählt werden. So lange bei einer Zwangsinning kein Gesellenausschuss besteht, ist das Bedürfnis durch Errichtung eines anderen Prüfungsausschusses zu decken. Bei Zwangsinnungen, welche mehrere verwandte Gewerbe in sich schließen, ist die Zahl der Beisitzer so zu bemessen, daß aus jedem der vertretenen Handwerkszweige erforderlichen Falls mindestens je ein Vertreter zur Prüfung hinzugezogen werden kann. So können z. B. der Vorsitzende und die Mitglieder des Prüfungsausschusses einer Zwangsinning, deren Bezirk auf eine Stadt beschränkt ist, zugleich zu Vorsitzenden und Mitgliedern der von der Handwerkskammer für die umliegenden Landbezirke gebildeten Prüfungsausschüsse bestellt werden.

Der Prüfungsausschuss der Zwangsinning ist lediglich für den dieser zugehörigen Bezirk zuständig, jedoch können Mitglieder der Zwangsprüfungsausschüsse, wenn das praktische Bedürfnis es erfordert, von der Handwerkskammer in die von ihr gebildeten Prüfungsausschüsse berufen werden.

3. Bei freien Innungen darf ein Prüfungsausschuss nur dann gebildet werden, wenn ihnen die Ermächtigung zur Abnahme von Prüfungen seitens der Handwerkskammern erteilt wird. Innungen, ohne Gesellenausschuss, sowie allen gemischten Innungen, d. h. solchen, welche miteinander nicht verwandte Handwerkszweige in sich vereinen, kann diese Ermächtigung nicht erteilt werden. Falls Innungen, in denen mehrere verwandte Handwerkszweige vertreten sind, das Prüfungsrecht erteilt wird, so ist die Mitgliederzahl des Prüfungsausschusses in gleicher Weise wie bei den Zwangsinnungen (vergleiche 2) zu ordnen.

Die Zuständigkeit des Prüfungsausschusses einer freien Innung ist auf die Lehrlinge der Innungsmitglieder beschränkt; sie darf innerhalb des Innungsbezirks auf alle dafelbst vorhandenen Lehrlinge der betreffenden Gewerbe nur dann ausgedehnt werden, wenn zwei Drittel der beschäftigten Handwerker des Innungsbezirks, welche Lehrlinge hatten, der Innung angehören. Eine weitere Ausdehnung der Zuständigkeit des

Innungsprüfungsausschusses, insbesondere über den Innungszwang hinaus, ist unzulässig. Dagegen steht nichts im Wege, die Mitglieder desselben, wenn das praktische Bedürfnis es erfordert, in einen von der Handwerkskammer zu bestellenden Prüfungsausschuss zu berufen.

4. Den Prüfungen der im § 129, Abs. 4 und § 131, Abs. 2 der Gewerbeordnung erwähnten Lehrwerkstätten, gewerblichen Unterrichtsanstalten und Prüfungsbehörden, welche vom Staate für einzelne Gewerbe oder zum Nachweise der Befähigung zur Anstellung in staatlichen Betrieben eingesetzt sind, kann seitens des Ministers für Handel und Gewerbe die Wirkung der Gesellenprüfungen in der Weise beigelegt werden, daß von den mit Erfolg geprüften Personen die Ablegung einer Gesellenprüfung nicht weiter verlangt zu werden braucht. Unter welchen Bedingungen das zulässig sein wird, ist weiterer Entscheidung vorbehalten. Jedenfalls kommen diese Prüfungen als allgemeiner Ersatz für die Gesellenprüfungen nur vereinzelt in Betracht.

5. Bei der Errichtung von Prüfungsausschüssen durch die Handwerkskammer ist es als Ziel zu bezeichnen, daß jedem im Handwerkskammerbezirk vorhandenen Lehrling Gelegenheit gegeben wird, in nicht zu weiter Entfernung von seinem Wohnort vor einem seinem Fache entsprechenden Prüfungsausschusse die Gesellenprüfung abzulegen. Als Bezirk der Prüfungsausschüsse kommt für die Regel der Kreis in Betracht. Die Zahl der zu bildenden Prüfungsausschüsse hängt in erster Linie von der Zahl der im Handwerkskammerbezirk gehaltenen Lehrlinge des betreffenden Gewerbes ab. Wenn einerseits unter Umständen die Bildung mehrerer Prüfungsausschüsse empfehlenswert erscheint, so ist andererseits bei einer ganzen Reihe von Handwerken die Vereinerung mehrerer Kreise zu einem Bezirk zulässig. So kann die Zusammenlegung des Stadtkreises mit dem umliegenden Landbezirk oder Theilen desselben sich oft als praktisch erweisen. Im Uebrigen kommen als Sitze der Prüfungsausschüsse in erster Linie Orte mit guter Verkehrsverbindung (z. B. Markorte, Eisenbahnnotenpunkte etc.) in Betracht, sowie Orte, in denen das betreffende Handwerk am meisten vertreten ist. Den Beirathungen der im Handwerkskammerbezirk nur gering vertretenen Handwerkszweige ist wenigstens durch Errichtung je eines Prüfungsausschusses innerhalb des Handwerkskammerbezirks Gelegenheit zur Ablegung der Gesellenprüfung zu geben. In Ausnahmefällen — für Handwerkszweige, die im Bezirke nur ganz vereinzelt vorkommen — wird die Errichtung eines vereinigten Prüfungsausschusses mit einem ständigen Vorsitzenden und je nach dem Fache der Prüflinge wechselnden Beisitzer als zulässig erachtet werden können.

Struppellose Unternehmer.

Daß es die Unternehmer während des geschäftlichen Aufschwungs der letzten Jahre verstanden haben, den ohnehin nicht geringen Profit ins Riesenhafte zu steigern, das zeigen uns die Geschäftsabstufungen der Aktiengesellschaften. Dividenden, die gegen die Vorjahre um das Doppelte gestiegen, sind keine Seltenheit. Freiwillig den Arbeiter an diesem Mehrverdienst teilnehmen zu lassen, liegt den „Herren im Hause“ fern, und dort, wo die Arbeiter der Meinung waren, ein Recht auf Besserstellung ihrer Lage zu haben, mußte und konnte diese nur mit schweren Opfern erkämpft werden. Die Preise der Waaren nach dem Durchbrechen der Krise herabzusetzen fällt dem Unternehmer nicht ein, denn dann würde ja der heilige Profit geschmälert und daran denkt ein echter Kapitalist nicht; das Gegentheil, den Profit zu erhöhen, ist ihm selbst dann recht, wenn es auf Kosten der ohnehin aufs niedrigste gedrückten Lebenshaltung des Arbeiters geschieht. Und diese zu brüden dazu wurde von dem Unternehmertum immer mit Vorliebe die geschäftliche Krise benützt, ja man schreit sich sogar nicht mehr, diese Geschäftspraktik zu empfehlen und zu rechtfertigen.

In der Nr. 25 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ ist, nachdem die Schwierigkeiten hervorgehoben sind, die der Bildung eines Feindlich-Syndikats entgegenstehen sollen, zu lesen:

Bei Uchte betrachtet wäre es gar nicht so schlimm, wenn namentlich die kleineren und mittleren Werke sich tatsächlich zu Lohnreduktionen entschließen wollten, um auf eine mäßigere Preisbasis zurückzukommen. Wahrscheinlich würde sich auf dieser eine bemerkenswerte Belebung des Geschäfts einstellen. Die Lohnrate ist schließlich, da die Holzproduktions-Syndikate noch mit den Preisen Stand halten, der einzige Faktor, der zunächst einer Verbilligung fähig ist, und die Arbeiter werden sich nicht beklagen dürfen und werden sich in Wirklichkeit auch kaum beklagen, wenn die Werkleitungen, um von Arbeiterentlastungen abzustehen, Lohnregulirungen vornehmen. Der Arbeitspreis ist in den letzten Jahren rapide bis zu einer sehr ansehnlichen (?) Höhe gestiegen und bei maßvollen Kürzungen bleiben immer noch Lohnsätze, die einen recht guten Standard of life ermdöglichen. Außerdem ist es nicht mehr als billig, daß die Arbeiter an den Schicksalen ihrer Werke theilnehmen."

Unerschämter ist der Versuch, Lohnreduktionen zu rechtfertigen, sicher noch nicht gemacht worden; doch diese Unerschämtheit beleuchtet nur allzu grell das Arbeiterwohlwollen der Selbstsüge. Es ist eine neue Mahnung an die Arbeiter sich zusammenzuschließen.

Der Herr Oberhofmeister sprach:

"Die Verbandsmitglieder treten mal nach dieser Seite!"

Und er sprach weiter:

Leute, es freut mich, daß die Sache mit Eurer Sperre in Ordnung ist. Ich weiß auch, daß Ihr verführt seid von ganz gewissenlosen Hebern, die Euch und Eure Familien ins Unglück stürzen wollen und von Euren Groschen leben, die Ihr ihnen opfert. Es haben sich die Streikläste aus Berlin hier eingeschlichen in unser friedliches Potsdam. Geht heraus aus Eurem Verband, welcher ja doch kein gewerkschaftlicher Verband ist, sondern nur ein sozialdemokratischer, und gerade die Sozialdemokraten, diese Rhinogerosse, haben Euch verführt. Leute, ich sage Euch nochmals, geht heraus aus Eurem Verein, denn wohin soll das führen, das bauende Publikum ist nicht auf Eurer Seite, ja die Bürger stoßen sich daran, und es wird niemand mehr bauen, wenn er lange Zeit seinen Bau liegen lassen muß infolge Eurer Streikerei, und Ihr werdet es noch so weit bringen, daß kein Mensch mehr wird bauen und Ihr werdet dann keine Arbeit mehr haben und dann werden Euch die Augen aufgehen. Und von Euch freut es mich (nach der Seite der Arbeitswilligen), daß Ihr standgehalten habt gegenüber diesen da, und ich verpfeche Euch, daß, so lange die Kaiserin baut, werden stets die Unorganisirten beschäftigt werden; so, nun geht und arbeitet in Ruhe und Frieden miteinander u. s. w."

Wenn Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch den dazu gehörigen Verstand — oder auch nicht.

Ein Innenmärchen.

Von Hans Müller-Neustadt im „Simplicissimus“.

Unbermuthet betrat der Herrscher das Gemach, in dem die Erziehung der kleinen Prinzen stattfand. Er erblickte ein reizendes Jodul: die lieblichen Fürstinkinder in den schmunzeln Hauptmanns-uniformen ihrer Regimenter auf dem Schoße der alten Amme sitzend und mit leuchtenden Augen den Märchen lauschend, die sie erzählte. Auf einen Wink des Fürsten fuhr sie in ihrer Erzählung fort:

— — — und dem Könige hatte eine gültige Fee herrliche Gaben des Geistes und des Körpers verliehen, darum liebten ihn seine Unterthanen über Alles. Aber dieser Liebe fehlte die rechte Herzenswärme. Und überall, wo dieser Mangel an Herzlichkeit, sei es in Worten, sei es in Gebärden, erkennbar wurde, waren flugs des Königs getreue Diener zur Hand; und sie rissen den Unvorsichtigen hinweg von dem Feuer seines Herdes und warfen ihn in den Kerker, da, wo er am finstesten ist. Darob erhob sich viel Wehklagen im Lande, und die Liebe des Volkes wurde kälter von Tag zu Tag. Bald mußte der König die Zahl seiner Diener und seiner Kerkerhäuser verzehnfachen. Das betäubte den guten Monarchen gar sehr. Das Essen wollte ihm nicht mehr munden, er wurde täglich bleicher und magerer, und Nachts wälzte er sich schlaflos in seinen fetten Kissen und grübelte darüber nach, wie er die Herzen seiner Unterthanen gewinnen könne. Als sogar seine Lieblingspfeife, Schweinebauch mit Sauerkohl, unberührt wieder von der Tafel getragen werden mußte, wurde der Hofmedikus sehr nachdenklich und erbat sich eine Audienz bei der Königin. Auf deren Wunsch beschied der König die drei weisesten Männer seines Landes vor seinen Thron und fragte sie um ihren Rath, wie er die Liebe des Volkes zu seinem angekommenen Herrscher herzlich gestalten könne.

Der erste Weise rief ihm, er solle in den Krieg ziehen; denn nichts entzündet mehr Begeisterung bei den Völkern, als wenn ihnen gnädigst gestattet würde, sich für ihren königlichen Herrn abschlagen zu lassen.

Der zweite gab den Rath, der König solle allen seinen Unterthanen gestatten, ihrem Namen das Wörtchen „von“ vorsetzen zu dürfen.

Der dritte Weise hatte aus dem Kerker geholt werden müssen, in dem er schmachtete, weil er selbst den König nicht herzlich genug liebte. Er sprach: „O Herrscher, verleihe Deinen Dienern, auch

Der Dreischrag Bückler wurde kürzlich in Berlin freigesprochen, weil man den Mann nicht ernst nahm — wie sprechen Herrn Oberhofmeister Wirbach ebenfalls frei.

Der internationale sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß.

Der Ende September in Paris tagte, beschäftigte sich auch mit gewerkschaftlichen Fragen. Daß bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern keine praktischen Resultate erzielt werden können, ist selbstverständlich, es kann sich nur um ziemlich oberflächliche theoretische Diskussionen und vor allem um die Betonung der Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Länder handeln. Vor allem wurde in den angenommenen Resolutionen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse dringend empfohlen.

Inbezug auf die Forderung eines Minimallohnes sprach sich der Kongreß folgendermaßen aus:

„Der Kongreß erklärt, daß ein Lohnminimum festzusetzen nur dann möglich sei, wenn dies durch starke Gewerkschaften geschieht, daß eine Lohnstufe nicht allgemein und gleich für alle Länder festgesetzt werden könne, und daß sie in jedem Falle im Verhältnis stehen müsse zu dem, was auf bretester Grundlage zur Existenz nöthig sei;

er verpflichtet die Arbeiter, auf die Einführung dieser Reform zu dringen und Mittel und Wege zu ihrer Erlangung zu suchen, die der wirtschaftlichen und industriellen Lage ebenso entsprechen, wie der politischen und administrativen jeder Gegend;

er empfiehlt in erster Linie, um zu diesem Resultat zu gelangen, auf die Staatsgewalt und die öffentlichen Verwaltungen, die das Lohnminimum einzuführen im Stande sind, hinzuwirken, daß sie direkt bei den öffentlichen Arbeiten das Lohnminimum zahlen, wie auch die Unternehmer, denen sie öffentliche Arbeiten übertragen, dazu verpflichtet.“

Ferner war für die Gewerkschaften von besonderem Interesse die Frage des Generalstreiks, die schon mehrere internationale Kongresse beschäftigt hatte. Von den Delegirten der Länder, in welchen eine nennenswerthe gewerkschaftliche Organisation besteht, wurde die Sache stets recht kühl behandelt, destomehr aber erhielten sich die Köpfe der den Generalstreik propagirenden französischen Delegirten. Wer an den Generalstreik glaubt, dem geht es genau so wie Demjenigen, welcher annimmt, durch eine gewaltsame Revolution an einem Tage die Gesellschaft aus der bürgerlichen Produktionsform in die sozialistische überführen zu können. Beide werden den langsamen Aufbau, resp. die Anwendung der Mittel

nur einen Deiner Unterthanen einzufürtern, weil er Dich nicht herzlich genug liebt, und Dein Wunsch wird in Erfüllung gehen.“

Zwischen diesen drei gleich vorzüglichen Rathschlägen fiel dem Könige die Wahl schwer und er ließ die Würfel entscheiden. Da sie sich für den dritten Rath entschieden, gab der König jogleich den Befehl, daß es fortan seinen Unterthanen frei stünde, ihn herzlich oder weniger herzlich zu lieben, und weit ließ er die Kerkerthore öffnen.

Die Freigelassenen priesen die Weisheit des Königs, ein Jubelruf ging durch das Land, Männer hatten Thränen der Rührung in den Augen, Frauen schloffen den gültigen Monarchen in ihre Gebete ein, Jünglinge jauchzten ihm begeistert zu, und von Stund an wohnte er im Herzen des Volkes.

Von Dankbarkeit überströmend, schloß er den Rathgeber in seine Arme und sprach, indem er in Thränen ausbrach — — —

„Genug!“ rief der Herrscher, der in tiefer seelischer Erregung der Erzählung gelauscht hatte, und stürzte aus dem Gemach.

Noch am selben Tage wurde die alte Kinderfrau fortgesetzt. In ihrem Zeugniß fand als Entlassungsgrund: „Verdirbt die Phantasie der Kinder durch Erzählung gänzlich unwahrscheinlicher Märchen.“

Bernichtung.

Ein alter sozialer Pfarrer kommt eines Tages zu einem ihm bekannten Gastwirth. In der Gaststube geht es hoch her, denn der Wirth hatte ein Schwein geschlachtet und anlässlich dieses Ereignisses ein großes Würstchen veranstaltet. „Aber Michelhuber“, sagte mit leisem Vorwurf der Pfarrer, „schämt Ihr Euch nicht der Schande, heut an einem Freitag, der doch als Fasttag geboten ist, so eine Würstböllerei zu inszeniren?“ — „Ja“, meint pfiffig lächelnd der Michelhuber geheimnißvoll, „es wird los Gind, Hochwürden, es eh los Fleisch, sondern bios Semmeln und Graupe in die Würstl tonne!“

Aus hohen Preisen.

Der Herr Vater: Ja, es thut wirklich nichts anderes übrig, als Dich so schnell als möglich zu verheirathen.

Die Tochter: Ach, wenn es nur nicht eine so schlechte Partie wäre ein Bürgerlicher!

Der Vater: Er ist doch wenigstens Kammerherr und das ist immerhin ein Fortschritt nach einem Kammerdiener.

dazu als zeitbergendend verschmähen und die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen als etwas Entbehrliches betrachten. Die Propagierung der Idee des Generalstreiks wird deswegen nicht organisationsfördernd, sondern organisationshindernd wirken. Bieleicht ist dieser Gedanke auch schon Jenen gekommen, welche von dem Kongress die Anerkennung des Generalstreiks fordern. Während sie früher diesen als das alleinige Mittel, als die soziale Revolution bezeichneten, erklärten sie in diesem Jahre in der Kommission ihn als eines der anzunehmenden Mittel im Emanzipationskampfe des Proletariats. Auch sie erkannten an, daß es der gewerkschaftlichen Organisation bedürfe, um die Massen zum Generalstreik führen zu können. Die Erfahrungen, welche die Vertreter der Generalstreiks-idee mit dem Versuchen, Massenstreiks herbeizuführen, gemacht haben, besonders bei dem Streik der Eisenbahner Frankreichs und der Erdarbeiter in Paris, hat sie zu der Ueberzeugung gebracht, daß die gewerkschaftliche Organisation die Vorbedingung für die Führung des wirtschaftlichen Kampfes ist. Sonderbarer Weise glauben sie aber, daß die Propagierung des Generalstreiks die Arbeiter zugänglichlicher für die gewerkschaftliche Organisation machen würde, während logischer Weise das Gegenteil eintreten muß. Der Kongress nahm einfach den schon auf dem Londoner Kongress gefassten Beschluß aufs Neue auf, um damit zu dokumentieren, daß die Meinung nicht geändert ist und nicht geändert werden soll. Der Beschluß lautet:

„Der Kongress wiederholt im Anschluß an die Beschlüsse der internationalen Kongresse in Paris und Zürich den auf dem internationalen Kongress in London 1896 über den Generalstreik gefassten Beschluß, welcher lautet: Der Kongress hält Streiks und Boykotts für notwendige Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Arbeiterklasse, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben. Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.“

Volkshochschulen.

Es ist eine alte Erfahrung, welche auch durch die Weltgeschichte unwiderleglich festgesetzt ist, daß Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Unterdrückung einer Bevölkerungsklasse stets auch die geistige Knebelung von den jeweiligen Machthabern stattfand, daß ökonomische Ausbeutung immer und überall auch den davon Betroffenen auf eine solche niedere geistige Stufe brückte, daß er sich seiner Lage nur selten bewußt wurde. Und doch waren von Anfang an in dieser Volksklasse dieselben Fähigkeiten vorhanden, wie bei den als alleinige Besitzer derselben sich auspielenden Machthabern. Daraus erklärt sich auch, daß stets aus den Reihen dieser Unterdrückten Männer hervorgingen, welche gleich Meteoriten zu den höchsten Stufen des Lebens emporstiegen und leuchtend der Welt verkündeten, daß in diesen Tiefen des Volkes noch Geist und Licht vorhanden sei. So finden wir auch, daß, wenn einmal der Versuch gemacht wurde, durch eine gewaltige Bewegung das schwer lastende Joch abzuschütteln, auch ein mächtiger Drang nach Bildung und Wissen, wenn auch manchmal in primitiver Form, zum Vorschein kam. So zieht sich durch die ganze Weltgeschichte der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker in materieller und geistiger Beziehung wie ein rother Faden dahin.

Wie sich aber im Laufe des XIX. Jahrhunderts aus dem wirtschaftlichen Gebiete kolossale Umwälzungen vollzogen, die Klust zwischen Besitzenden und Besitzlosen immer klaffender wurde, das Proletariat immer mächtiger anschwellte, so fanden auch auf geistigem Gebiete tiefgehende Veränderungen statt. Durch rastloses Fortschrittsdrängen unermüdlicher Forscher wurde aus dem ungeheuren Vorrath Schatz um Schatz zu Tage gefördert. Theorien, welche Jahrhunderte lang zu Recht bestanden haben, wurden gestürzt und durch neue ersetzt. Weltbewegende Erfindungen und Entdeckungen erweiterten die Kenntnisse der Gelehrten und führten zu immer neuen Resultaten. Während so auf allen Gebieten die unerlässliche Eier nach noch mehr Weiß je mehr Rücksicht außer Acht ließ, die Klust zwischen diesen und den Enterbten, Ausgestoßenen immer größer wurde, regte sich in dem gewaltigen Proletariat, aufgerüttelt durch einen Cassale, Marx, Engels u. s. w., doch auch der Drang, Antheil an diesen Errungenschaften zu erlangen.

Während auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete dies durch Bildung von Organisationen besorgt wurde und wird, zeigte sich auf geistigem Gebiete die Sachlage wesentlich anders. Die verschiedenartigen Bildungsvereine erfüllten nur theilweise und in oft sehr primitiver Form ihren Zweck. Auch die seitens einiger Gesellschaften arrangirten Vorträge genügten bei weitem nicht. Dazu kam noch, daß durch die populär-wissenschaftliche Literatur der Wissensdurst vieler Kreise erst recht erregt worden war. Was nützte am Ende der ganze Vorrath von Wissen, wenn keine Verwendung hierfür vorhanden war. Es galt zuerst, den Wissbegierigen in das Labyrinth der Literatur einzuführen, um dann die gewonnenen Kenntnisse fürs praktische Leben nutzbar zu machen. Die fürchterliche Klust zwischen Gebildeten und Unwissenden, welche eine große Gefahr für die gesammte Gesellschaft zu werden drohte, mußte beseitigt werden.

All dies konnte aber unmöglich seitens der Ausgeschlossenen allein geschehen, es mußten nothwendig Männer aus den Reihen der Gebildeten ihre Hüfe hinzugeben. Während nun auf ökonomischen Gebiete der Kampf sich immer mehr entspann, je heftiger die Angriffe haderseits wurden und je weniger Entgegenkommen die Unternehmer, die Besitzenden zeigten, traten auf geistigem Gebiete Männer der Wissenschaft auf, welche, erfüllt von unheimlichster Menschenliebe, den Wissensdürstigen den Becher boten, um sie zu erlaben und ihren Durst zu mildern, wenn es auch unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich war, allen Ansprüchen gerecht zu werden.

So finden wir im Jahre 1844 in Dänemark den ersten Versuch, die arbeitende Bevölkerung, speziell Anfangs die Landbevölkerung, durch Abhaltung ganzer Kurse in die Kenntnisse der Wissenschaft einzuführen. Heute bestehen außer sonstigen ähnlichen Institutionen daseibst 68 solcher Volkshochschulen in allen größeren Städten, mit Theilnahme aller Stände und Berufe. Die Regierung giebt als Subvention 800 000 Kronen jährlich. Aber diese Art Volkshochschulen hatten nicht den gewünschten Erfolg, wenigstens zu Anfang nicht, weil sie zu isolirt bestanden. Sollte der Strom des Wissens und der Bildung erfolgreich in die Massen eindringen, mußte dies unbedingt von der Quelle ausgehen, d. h. die Stelle, welche die Pflicht hatte, über die geistigen Güter der Menschheit zu wachen, welche dieselben auch vertheilt, natürlich nur an Auserlesene, diese Stelle mußte auch den Kreis der Letzteren erweitern, mußte der treibende Faktor sein. So trat im Jahre 1870 ein berühmter Lehrer der Universität Cambridge in England an den Senat heran, Unterrichtskurse für das Volk einzurichten. Der Versuch wurde gemacht und der Erfolg war ein großartiger.

Es zeigte sich, daß es nur eines solchen Anstoßes bedurfte, um den zurückgehaltenen Wissensdrang der unteren Volksschichten zum Ausbruch zu bringen. Die stolze Universität Oxford, London u. folgten dem Beispiel Cambridges. Es gereicht Jedem zur höchsten Freude, die Berichte zu lesen, welche von diesen Unterrichtskursen, oder wie der Name heißt „University Extension“ (Universitätsausdehnung), veröffentlicht werden. Den Eifer, die Freudigkeit und die Aufmerksamkeit, welche hier zu Tage tritt, ebenso die Fähigkeiten, welche durch zeitweise freiwillige Prüfungen sich zeigten, liefern den unumstößlichen Beweis, wie durch Einführung dieser Universitätskurse nicht nur einem dringenden Bedürfnis abgeholfen war, sondern daß endlich nach jahrhundertelanger Zurückhaltung der Anfang zu der wichtigsten Kulturarbeit gemacht worden sei, nämlich die Schätze der Wissenschaft Allgemeingut werden zu lassen, nachdem seit Jahrhunderten einige Wenige dieselben als ihr Monopol betrachtet hatten, jeden Anderen rücksichtslos zurückstoßen.

Sollte nun doch die Schranke etwas erniedrigt, der Schleier ein wenig gelüftet werden. Aber wenn einmal der Anfang gemacht ist, wenn erst der intelligencere Theil der unteren Volksschichten einen Blick in die geheiligten Gewölbe der Wissenschaft geworfen, genügt hat von dem dargebreiteten Becher, dann wird auch die Zeit herankommen, wo die bislang Ausgeschlossenen ihren Platz, der ihnen von Rechts wegen gebührt, einnehmen werden, um ihren unstillbaren Durst an der Quelle befriedigen zu können. Wohl selten hat eine Bewegung in solch kurzer Zeit solch ungeheure Verbreitung erlangt, als diese Universitätsausdehnungsbewegung. England, welches den Anfang gemacht hatte, folgte Amerika, Australien, Indien, selbst Afrika (Kapland) schloß sich nicht aus. Merkwürdigerweise dauerte es eine geraume Zeit, bis in Europa in den übrigen Ländern Versuche dieser Art gemacht wurden. Die nordischen Staaten, dann Frankreich, Belgien, Holland, selbst Italien und in letzter Linie deutschsprachende Länder folgten. 25 Jahre, nachdem in England die Universität Cambridge auf Veranlassung eines berühmten Professors solche Kurse für das Volk eingeführt hatte, traten auf der Universität Wien 52 Professoren an den Senat heran mit dem Ersuchen, dem Beispiel Englands zu folgen. Und auch hier sollten alle Erwartungen übertroffen werden. Wie aus dem Bericht von den Jahren 1896/98 zu entnehmen ist, zeigte sich auch hier seitens der Kursheilnehmer, welche zum Theil aus Arbeitern, Kleinhandwerkern u. s. w. bestanden, daß die Aufmerksamkeit, der Eifer und das Interesse für Alles in außerordentlichem Maße vorhanden war. Der Bericht schreibt ferner, (derselbe wird seitens der Universität ausgegeben, welche für diesen Unterrichtszweig ein besonderes Sekretariat mit einem besoldeten Sekretär [einem Universitätslehrer] eingerichtet hat), daß es lediglich der Thätigkeit der Gewerkschaftskommission (Gewerkschaftsartell) zuzuschreiben sei, daß besonders seitens der Arbeiterklasse der Anspruch ein so großer war und ist. Und, heißt es weiter, durch diese Unterrichtskurse ist wiederum der unumstößliche Beweis geliefert, daß die organisirten Arbeiter die intelligentesten sind und das größte Interesse selbst für Dinge zeigten, welche für sie keinen sichtbaren direkten Nutzen bringen konnten und hatten. Die richtige Voraussetzung, daß durch solche Selbstarbeit auch andere, ihren materiellen Zielen naheliegende Punkte leichter erfaßt werden können, hatten dazu beigetragen, sich für Alles zu interessieren.

Die Wiener Universität hat mit der Einrichtung solcher Kurse den Beweis geliefert, daß es wohl möglich ist, auch weitere Kreise in den Bereich der Belehrung ziehen zu können, ohne Gefahr zu laufen, an Ansehen zu verlieren. In welchem Umfange diese ganze Einrichtung bereits besteht, kann man daraus ersehen, daß laut

Bericht in jedem Wintersemester 3 Serien à 17-20 Kurse, welche durchschnittlich wieder in 6 bis 8 Vorträge zerfallen, abgehalten werden. Es werden sämtliche für populären Unterricht sich eignende Fächer der Wissenschaft behandelt: Rechtswissenschaft, Philosophie, Kunst-, Sprach- und Literaturgeschichte, Naturwissenschaft und Technik, Medizin u. s. w.

Da bei dem größten Teil der Besucher doch Volksschulbildung angenommen werden muß, so sind die Vorträge dementsprechend volkstümlich gehalten. Als Lehrer fungieren Universitätslehrer und Privatdozenten. Um den Kursteilnehmern auch Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse durch Anschauung und Praxis zu erweitern, wurden Museen, Anatomie, Sternwarte u. dergl. unter sachkundiger Führung aufgesucht, kurz, es wurde nichts unterlassen, um die Wissbegierigen auf jede Art und Weise zu befriedigen. Nach Wien folgten einige Hochschulen der Schweiz, nachdem dort schon zuvor seitens einiger Privatgesellschaften in diesem Sinne gewirkt worden war. Auch hier zeigte sich seitens der Beteiligten das größte Interesse und der Erfolg war auch hier ein großartiger.

Nachdem bei uns in Deutschland von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht worden war, die mittleren sowohl als auch die unteren Volksklassen durch Vorträge und ganze Kurse zu belehren, wurde seitens der Universität Jena der erste Schritt getan, um nach Wiener Beispiel „volkstümliche Unterrichtskurse“ einzurichten. Während nun anderwärts die Arbeiter ziemlich stark sich beteiligten, zeigten die deutschen eine Art Mißtrauen. Vorkommnisse verschiedenster Art berechtigten wohl zum Teil dazu, doch kamen noch einige andere Gründe in Betracht, welche aber hier nicht weiter erörtert werden sollen, weil sie auf einem anderen Gebiete liegen. Nachdem sich nun im Laufe der Zeit herausstellte, daß diese ganze Bewegung auf neutralem Gebiete stand, daß lediglich die Verbreitung von Bildung und Wissen in den unteren Volksklassen als Ziel betrachtet wurde und sämtliche andere Fragen und Dinge bei Seite gelassen wurden, schwand dieses Mißtrauen mehr und mehr. So sehen wir heute überall, wo solche Kurse eingerichtet werden, daß die Arbeiter, besonders die organisierten, sich mehr und mehr daran beteiligen.

Ja, daß vielfach Seitens der Arrangeure die Organisationen erfolgreich zur Mitarbeit an der Agitation herangezogen werden. Bereits sind eine ganze Reihe von Städten: Berlin, München, Frankfurt, Braunschweig u. s. w. dem Beispiele Jenas gefolgt, und überall kann über die gleichen, guten Erfolge berichtet werden. In diesem Winter tritt nun auch Hannover in die Reihe dieser Städte. Und besonders dieses gab mir Veranlassung, mich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Wenn es auch ein Ding der Unmöglichkeit ist, im Rahmen eines kurzen Artikels die kulturelle Bedeutung dieser Volkshochschulkurse eingehend zu beleuchten, so konnte ich doch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um auch in unseren Kreisen etwas Interesse zu erregen.

Dem in Hannover ausgegebenen Prospekt sind noch in kurzen Worten die Grundgedanken des ganzen Unternehmens vorgelegt: „Die volkstümlichen Hochschulkurse haben den Zweck, allen denen, welchen der Besuch von Hochschulen verweigert ist, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in allgemein verständlicher, aber wissenschaftlich gebogener Form darzubieten und so dazu mit zu helfen, daß die großen Segensätze, die in geistiger Beziehung im Volke bestehen, gemildert werden. Jedes Eintreten für politische, soziale oder kirchliche Parteideale wird streng vermieden werden. Das Ziel ist nur Verbreitung reiner objektiver Wahrheit, wie die Wissenschaft sie bietet, in möglichst weite Kreise des Volkes.“

Wenn auch gesagt werden muß, daß durch diese Volkshochschulkurse noch lange nicht das soziale Unrecht gut gemacht werden kann, das durch die gänzliche Ausschließung der großen Masse von Bildung und Wissen geschehen ist, so haben wir doch alle Ursache, die uns dargebotene Hand zu ergreifen, denn mit Hilfe der hierdurch erworbenen Kenntnisse werden wir weiter kämpfen und dem Ziele zustreben, das allein auf diesem Gebiete des Kampfes wechelt ist. Nur „vorwärts“ soll unsere Losung sein, wie wir auf sozialem Gebiete die Gleichberechtigung aller Menschen als unser Ziel betrachten, so werden wir im Reiches des Geistes mit Hilfe der erlangenen Waffen dahin drängen, daß die großartigen Schätze der Wissenschaft Allgemeingut werden. Nicht ein Privileg der besitzenden Klasse sollen die Universitäten und Hochschulen sein, sondern eine Quelle für Alle, welche dank ihrer Geistesgaben, die auch ihnen als Menschen zu eigen sind, den Drang in sich fühlen, an dem Born der Wissenschaft sich zu erlaben.

Keine Bourgeoisuniversitäten sollen es sein, sondern Volksuniversitäten im wahren Sinne des Wortes.

Um aber die Kraft zu erlangen, dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß Jeder mit den ihm gebotenen Mitteln seine Kenntnisse bereichert. Immer und immer wieder soll Jeder mit erneutem Muthe neuen Siegen zustreben, unermüdet darauf bedacht sein, bei dem Kampf ums Dasein, bei dem Ringen um eine menschenwürdige Existenz auch seinen Geist zu kräftigen, immer tiefer in die geheiligten Hallen der Bildung und des Wissens einzudringen. Eben in dem wirtschaftlichen Kampf zeigt es sich, welche bedeutender Faktor der Besitz derselben ist. Nicht nur die materielle Macht haben unsere Gegner als Bundesgenossen, sondern auch die Intelligenz, die Wissenschaft und selbst die Kirche. Diesen gewaltigen Waffen müssen wir entweder gleichwertige entgegen-

stellen oder Besitz von denselben nehmen. Schon aus diesem Grunde soll kein Mittel unversucht bleiben. In den Volkshochschulen bietet sich ein solches, also ist es unsere Pflicht, uns daran zu beteiligen, und der Segen wird nicht ausbleiben. Durch das Studium und Vertiefen in einen bestimmten Stoff unter sachkundiger Leitung wird unser Geist trainiert. Er wird befähigt, auch auf anderem Gebiete, welche unseren materiellen Zielen näher stehen, mit leidetlicher Mühe erfolgreich zu wirken. Haben wir erst empfunden, welche Freude uns das Erfassen eines bestimmten, uns bisher fremden Themas bereitet, schreiben wir mutig weiter. Wir dringen in die Gebiete der sozialen Wissenschaften, Nationalökonomie u. s. w. ein, lernen Vorgänge des täglichen Lebens, welche seither nicht im mindesten unser Interesse erregt hatten, erkennen, um ein Urtheil darüber zu bilden. Staunend und bewundernd standen wir vor den Errungenschaften der Technik, wir bemerkten wohl, daß durch Verbesserungen der Maschinen, durch Ausnutzung der verschiedensten Naturkräfte ein gewaltiger Konkurrenz unserer Arbeitskraft entsteht, aber uns vertiefen in dieses Gebiet, war nicht möglich, es fehlte eben die kundige Führung. Wir besuchen Museen, Sammlungen, Ausstellungen u. s. w., sind überwältigt von all dem Gesehenen, aber das Verständlich fehlt, wir haben nur unser Auge geweidet an dem Glanz, aber unser Inneres blieb leer, denn Niemand nahm sich des Raten an, um ihm behilflich zu sein, all das zu begreifen. Auf unserem Gang durch Wald und Flur lassen wir achlos die Kinder der Natur bei Seite. Raum, daß wir einem mächtigen Baumriesen einen Blick schenken, wir sehen nicht die wunderbare Vielfältigkeit und Pracht der Blumen, die Großartigkeit des Waldes und hören kaum die Stimme der Vögel. Alles dies hat wenig Bedeutung für uns, denn wir ahnen kaum, wie diese gewaltige Natur beschaffen ist. Mächtige Felsblöcke erregen unser Interesse, Steinbrüche, welche die verschiedensten Erblagerungen uns zeigen, hemmen unseren Schritt, glühende Kieselsteine in den verschiedensten Farben drängen unwillkürlich zu der Frage, aus was besteht dies Alles und wie entstand es. Der Stadtbewohner hat Gelegenheit, Kunstwerke ausgefeilter Art zu betrachten und findet dies und jenes schön, doch von Kunstverständnis keine Spur. Hat erst einmal Jemand überhaupt Interesse gewonnen an all diesen Erscheinungen, fühlt er den Drang in sich, aber dies und jenes sich Klarheit zu verschaffen, so steht ihm das große Gebiet der Volksliteratur zur Verfügung. Doch hier stellen sich neue Hindernisse ein. Ein wahres Labyrinth von Abhandlungen, Darstellungen, Theorien u. s. w. thut sich ihm auf. Bald muß er entmuthigt einsehen, daß er auf diesem Wege nicht zum Ziele gelangt. Und hier sollen die Volkshochschulkurse, Vorträge und ähnliche Einrichtungen einsetzen. Sie sollen ein Führer sein, um den Wissbegierigen die richtige Fährte zu weisen, um seinen Gaben entsprechend vorzubringen. Da es ein Ding der Unmöglichkeit ist, in solch kurzer Zeit (1 Kurs 6-8 Vorträge) die gestellten Thematika auch nur annähernd zu erschöpfen, ist es Aufgabe der Theilnehmer, das Gewonnene zu vertiefen und zu erweitern. Bei jedem Unterricht, mag er nun auf der Universität oder in einer Volkshochschule stattfinden, kann es sich nur in einer größeren oder kleineren Anleitung handeln, die Hauptache bleibt stets das Selbststudium. So auch bei den volkstümlichen Hochschulkursen. Die Lehrer freuen das Samenkorn der Wissenschaft auf, Sache und Pflicht des Einzelnen ist es, dieses zum Gedeihen zu bringen, damit Früchte daraus entstehen, von denen wieder andere gespeist werden können. Man mag ja Manches gegen diese Kurse einzuwenden haben. Aber zum ersten gibt es wohl, meines Wissens wenigstens, kein Ding auf der Welt, das nicht auch Schattenseiten aufzuweisen hätte. Doch stellen wir in dieser Angelegenheit dieselben zur Seite oder nehmen wir sie mit in Kauf. Ergreifen wir die Gelegenheit, wo sie sich bietet, bereichern wir unsere Kenntnisse nach jeder Seite hin. Gerade in unseren Kollegienkreisen thut Verbreitung des Wissens bitter noth. Wenn auch unter den Organisierten ein Streben nach dieser Seite hin sichtbar ist, denn schon, daß sie sich zusammengeschlossen haben zu einem bestimmten Zweck, beweist wenigstens zum größten Theil, daß sie denken. Aber wie viele stehen uns noch fern, bei wie vielen gilt noch das Sprichwort: „Biel Wissen macht Kopfschmerz.“ Sie haben aber noch nie den Versuch gemacht, sich etwas Wissen anzueignen, und doch fürchten sie, Kopfschmerzen davon zu bekommen. Ist es zu verwundern, wenn seitens der intelligenten Arbeiter nur mit Achselzucken von den Sattlern gesprochen wird. Ja, zählt man die Reiche der intelligenten, wissbegierigen Arbeiter auf, so wird unser Gewerbe entweder gar nicht oder doch erst in letzter Linie genannt. Das soll und muß anders werden. Statt seine geringe, freie Zeit dazu zu verwenden, die Wirtschaftler zu bewillern oder Altimbsvereinen nachzulaufen, besucht Versammlungen, Vorträge, Kurse u. s. w. Ihr wendet Euer Geld besser an, wenn es hierfür ausgegeben ist, der Segen wird nicht ausbleiben. Es mag darüber geäußert werden, ob zuerst für Besserung der materiellen Lage ausschließlich geforgt oder der Betreffende zum Denken veranlaßt werden soll. Beides muß zugleich geschehen. Ja, man könnte das Letztere als das erfolgreichere Mittel betrachten. Denn, ist erst einer durch Denken zum Bewußtsein seiner erbärmlichen Lage gekommen, wird er als erste Folge seiner Organisation sich anschließen, gemeinsam mit seinen Leidensgenossen den Kampf aufnehmen und dabei erkennen, daß unsere Hauptkräfte auch in der Fülle der Intelligenz und der Macht des Geistes liegt, um erfolgreich vorzudringen zu können.

Schon manchmal ist seitens der Einzelmitglieder geklagt worden, daß sie in mancher Beziehung klemmender behandelt werden. Nach dieser Seite hin ist es Jedem selbst überlassen, für genügende geistige Nahrung zu sorgen. Gewiß befindet sich an dem betreffenden Orte eine andere Gewerkschaft, welche über eine, wenn auch manchmal kleine Bibliothek, verfügt. Schließe er sich dieser an, beihelliger sich an den Versammlungen, was ihm gewiß nicht verweigert wird, besuche er Vorträge, selbst wenn dieselben nicht in unseren Rahmen passen, liberaler ist etwas enthalten, das man verwerten kann. So wird es auch einem Isoliert dastehenden Kollegen möglich werden, seine Kenntnisse zu bereichern.

Aufgabe der Organisirten muß es sein, auch nach dieser Seite hin eine ausgiebige Thätigkeit zu entfalten. Sorgt dafür, daß das geistige Niveau unserer Berufskollegen gehoben wird und auch wir uns als ebenbürtig den vorgeschrittenen Arbeitsgenossen an die Seite stellen können, den uns zugewiesenen Platz in der Reihe der Organisationen voll und ganz ausfüllen.

Darum, wenn Ihr den Ruf ertönen laßt:

„Organisirt Euch“.

laßt dem auch die Worte: „Bildet Euch“ folgen. Denn nicht nur „Einigkeit macht stark“, sondern auch „Wissen ist Macht“, und nicht allein Kampf Schulter an Schulter führt uns zur Befreiung aus Noth und Elend, sondern auch „Bildung macht frei“. Ja, frei von jenem furchtbaren Druck, der Jahrhunderte lang das arbeitende Volk zur Stufe des Vasallens herabdrückte.

Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unterstand der Massen,
Den nur des Besties Schwert durchbricht.
Ist erst dies Bollwerk überstanden,
Wer will uns dann noch widersteh'n,
Dann werden bald auf allen Höhen
Der wahren Freiheit Banner wehen.

Hannover.

Albert Semle.

Die Krankenversicherung im Jahre 1898.

Das Statistische Amt für das deutsche Reich veröffentlicht soeben den 127. Band, der die Statistik der Krankenversicherung im Jahre 1898 enthält. Danach gab es im Jahre 1898 überhaupt 22 607 nach dem Krankenversicherungsgesetz in Betracht kommende Kassen. Die Zahl der Kassen hat sich seit 1885, in welchem Jahre es 18 942 Kassen gab, ständig vermehrt. Auf die einzelnen Kassenarten kamen: Gemeindekrankenversicherungen 8512 (1885: 7125), Ortskrankenstellen 4585 (8700), Betriebskrankenstellen 7189 (5500), Baukrankenstellen 84 (101), Innungskrankenstellen 606 (224), eingeschriebene Hilfsklassen 1422 (1818) und landesrechtliche Hilfsklassen 259 (474). Von je 100 Kassen entfielen auf die Gemeindeversicherung 37,6, Ortsklassen 20,3, Betriebsklassen 31,6, Bauklassen 0,4, Innungsklassen 2,7, eingeschriebene Hilfsklassen 6,3 und landesrechtliche Hilfsklassen 1,1 Prozent. In den einzelnen Staaten ist das Verhältnis der Kassenarten recht verschieden. So sind z. B. in Bayern 86,6 Prozent aller Kassen Gemeindeversicherungen, in Meckl. 12,77,5, Hessen 69,7, Völked 64,6; am geringsten war diese Form der Versicherung in Württemberg: 3,3, Bremen 2,2 und Koburg-Gotha 1,1 Prozent. Die Ortsklassen überwiegen in Württemberg 58,5, Schwarzburg-Sondershausen 56,5, Schaumburg-Lippe 53,8; die wenigsten Ortsklassen hatte Völked 7,7 und Meckl. 1. L. 8,8 pCt. Eingeschriebene Hilfsklassen machten in Lippe 53,1, Völked 50,0, Bremen 49,4, Hanburg 21,6 Prozent aus; in Bayern gab es nur 0,3 Prozent solcher Kassen. Die Gesamtzahl der Kassen hat sich also ständig vermehrt; nur die Hilfsklassen haben abgenommen. Für diese Kassen ist die beträchtliche Minderung der Bestimmungen der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz von 1892 zuzuschreiben, die auch den Hilfsklassen die Gewährung der ärztlichen Behandlung und der Arznei auflegte.

Die Zahl der in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogenen Personen betrug 1898 8 502 645 gegen 4 294 173 im Jahre 1885; die Zunahme der versicherten Personen beträgt also rund 100 Prozent. In den Knappschaftskassen, die bei der Berechnung des Statistischen Amtes nicht mit in Betracht kommen, waren außerdem 555 665 Personen versichert, so daß insgesamt im Jahre 1898 9 058 310 Personen oder 17,2 Prozent der Bevölkerung des deutschen Reiches nach den Bedingungen des Krankenversicherungsgesetzes versichert waren. In den einzelnen Kassenarten waren durchschnittlich versichert:

Gemeindeversicherung	1 409 730
Ortskrankenstellen	4 078 958
Betriebskrankenstellen	2 281 651
Baukrankenstellen	18 100
Innungskrankenstellen	159 154
Eingeschriebene Hilfsklassen	765 990
Landesrechtliche Hilfsklassen	87 474

Die meisten Personen waren also in den Ortsklassen versichert. Durchschnittlich die größte Mitgliederzahl haben die Ortsklassen: 893, ihnen am nächsten stehen die eingeschriebenen Hilfsklassen mit 541 Mitgliedern. Die Betriebskrankenstellen hatten 324, die In-

nungskrankenstellen 265, die Baukrankenstellen 245, die landesrechtlichen Hilfsklassen 225 und die einzelne Gemeindeversicherung 172 Mitglieder.

Abgegeben von der Gemeindeversicherung, in der über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen (13 Wochen Unterstützung) nicht hinausgegangen werden darf, überschreiten am wenigsten das Mindestmaß die Baukrankenstellen; im Jahre 1898 gewährten nur fünf eine über die Minimalhöhe hinausgehende Unterstützung. Auch bei den Orts-, den Innungs- und Betriebskrankenstellen überwiegen die Kassen mit Minimalleistung bei Weitem. In sehr erheblichem Maße wird aber die längere Unterstützung in den Hilfsklassen gewährt. Von 1422 eingeschriebenen Hilfsklassen in 1898 beschränkten sich nur 615 auf die Minimaldauer der Unterstützung, 546 gewährten 13- bis 26wöchige, noch 252 über 26- bis 52wöchige und 9 sogar über ein Jahr hinausgehende Unterstützung. Die eingeschriebenen Hilfsklassen gewährten durchschnittlich 23,8 Wochen Unterstützung; ihnen am nächsten kamen die Betriebskrankenstellen mit 18,4 Wochen, dann folgten die Innungskassen mit 16,2, die Ortsklassen mit 15,9 und schließlich die Baukrankenstellen mit 14,7 Wochen. Wird die Unterstützungsdauer nicht nach Kassen, sondern nach Mitgliedern berechnet, so ergibt sich, daß die Mitgliedschaft aller Kassen mit durchschnittlich 21,3 Wochen Unterstützungsberechtigung versichert war, während bei der Berechnung nach Kassen sich nur eine Unterstützungsdauer von durchschnittlich 16,3 Wochen ergab. Daraus geht hervor, daß es namentlich die größeren Kassen sind, die längere Unterstützungsdauer gewähren.

Im Jahre 1898 kamen insgesamt 3 002 593 Erkrankungsfälle vor oder auf je 100 Mitglieder 34,2; als Erkrankungsfälle sind nur solche gezählt, für die Krankengeld gezahlt wurde oder Verpflegungskosten in Krankenhäusern gezahlt wurden. In der Gemeindeversicherung kamen auf je 100 Mitglieder 23,8 Erkrankungsfälle, in den Ortskrankenstellen 33,9, in den Betriebskrankenstellen 41,9, in den Baukrankenstellen 54,0, in den Innungskrankenstellen 81,7, in den eingeschriebenen Hilfsklassen 34,3 und in den landesrechtlichen Hilfsklassen 28,6. Die Zahl der Krankentage betrug in allen Kassen im Durchschnitt auf je 100 Mitglieder 606,6; im Einzelnen in der Gemeindeversicherung 410,7, in den Ortsklassen 628,5, in den Betriebskrankenstellen 679,4, in den Baukrankenstellen 853,5, in den Innungskrankenstellen 517,1, in den eingeschriebenen Hilfsklassen 603,6. Die Zahlen der Erkrankungsfälle sowohl als auch der Krankentage weichen in den einzelnen Kassenarten bedeutend von einander ab. Die ungünstigsten Biffern weisen die Baukrankenstellen, die günstigsten die Gemeindeversicherungen auf.

Für ärztliche Behandlung verausgabten sämtliche Kassen 29 107 863 Mt. oder 3,32 Mt. auf ein Mitglied; für Arznei und Heilmittel wurden 22 011 200 oder 2,51 Mt. pro Mitglied angegeben. Die Ausgaben für Arzt und Arznei sind seit 1888 ständig gestiegen. Es wurden ausgegeben für

	Arzt	Arznei	Zusammen
1888:	2,92 Mt.	1,84 Mt.	4,16 Mt.
1898:	3,32 "	2,51 "	5,83 "

In den einzelnen Kassenarten ist der Aufwand für Arzt und Arznei pro Mitglied sehr verschieden, wie folgende Tabelle zeigt:

	Arzt	Arznei	Zusammen
Gemeindeversicherung	2,33 Mt.	1,50 Mt.	3,83 Mt.
Innungskassen	2,81 "	1,79 "	4,60 "
Eingeschriebene Hilfsklassen	2,88 "	1,91 "	4,79 "
Landesrechtliche Hilfsklassen	2,56 "	2,32 "	4,88 "
Ortsklassen	3,00 "	2,43 "	5,43 "
Betriebsklassen	4,69 "	3,52 "	8,21 "
Bauklassen	5,82 "	2,62 "	8,44 "

In den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen weichen die Biffern von dem Durchschnitt nicht unbedeutend ab. So werden im Rheinland in den Ortsklassen pro Mitglied für ärztliche Hilfe 1,99 Mt. ausgegeben, in Odenburg dagegen 4,65 Mt. und in Völked gar 5,64 Mt. In Sachsen werden ausgegeben 3,83 Mt., also 89 pCt. über den Durchschnitt, während hier für Arznei 2,31 Mt., also etwas unter dem Durchschnitt aufzubringen ist.

Die Ausgabe für Krankengeld hat im Berichtsjahre auf ein Mitglied betragen:

bei der Gemeindekrankenversicherung	2,92 Mt.
bei den Innungskrankenstellen	4,72 "
bei den Ortskrankenstellen	5,74 "
bei den landesrechtlichen Hilfsklassen	7,67 "
bei den Betriebskrankenstellen	8,90 "
bei den Baukrankenstellen	8,99 "
bei den eingeschriebenen Hilfsklassen	9,69 "

Während bei eingeschriebenen Hilfsklassen sich die Ausgabe für Krankengeld seit 1888 um 0,9 Prozent und bei den landesrechtlichen Hilfsklassen um 14,9 Prozent vermindert haben, haben sich bei den anderen Kassenarten die Ausgaben für Krankengeld vermehrt, und zwar bei der Gemeindeversicherung um 7,9, bei den Ortskrankenstellen um 31,1, bei den Betriebskrankenstellen um 87,0, bei den Baukrankenstellen um 37,3 und bei den Innungskrankenstellen um 49,4 Prozent.

Die Krankheitskosten, d. i. die Ausgaben für Arzt, Arznei, Krankengeld u. s. w. erfährt man aus folgender Tabelle:

	Auf 1 Mitglied Mk.	
Gemeindekrankenversicherung	11 280 800	8,00
Ortskrankenlassen	56 651 900	13,89
Betriebskrankenlassen	44 395 400	19,47
Baukrankenlassen	403 100	22,27
Innungskrankenlassen	1 999 700	12,56
Eingeschriebene Hilfsklassen	12 461 800	16,27
Landesrechtliche Hilfsklassen	864 600	15,04
Alle Klassen	128 057 300	14,60

Die durchschnittlichen Krankheitskosten sind von 1888 bis 1898 von 11,40 Mark pro Mitglied auf 14,60 Mark gestiegen.

Bei Berlegung der Krankheitskosten des Berichtsjahres in die einzelnen Rubriken zeigt sich, daß von je 100 Mark kommen auf:

Krankengeld	42,47 Mk.
Arzt	22,73 "
Arznei	17,19 "
Besorgung in Krankenanstalten	12,38 "
Sterbegeld	3,33 "
Unterstützung an Wöchnerinnen	1,83 "
Pflege für Konvaleszenten	—,07 "

An Beiträgen waren zu leisten auf ein Mitglied in der Gemeindeversicherung 8,01 Mk., in den Ortsklassen 16,97 Mk., in den Betriebsklassen 20,33 Mk., in den Bauklassen 23,70 Mk., in den Innungsklassen 16,83 Mk., in den eingeschriebenen Hilfsklassen 18,75 Mk. und in den landesrechtlichen Hilfsklassen 16,04 Mk.

Im Jahre 1898 wurden insgesamt an Krankheitskosten durch die verschiedenen Klassenarten verausgabt 128 057 300 Mk. Die Arbeitgeber brachten an Beiträgen 42 793 276 Mk. und die Arbeitnehmer 102 447 331 Mk. auf. Die amtliche Statistik rechnet nun nach, daß die Arbeiter 25 609 999 Mk. an Unterstützungen mehr erhalten, als sie selbst an Beiträgen aufgebracht haben. Auf einen Versicherten entfallen hiernach an Krankheitskosten 14,60 Mk. und an gezahlten Beiträgen 11,68 Mk., so daß er 2,92 Mk. mehr empfangen hat, das ist noch nicht einmal ein Pfennig pro Tag. In Wirklichkeit aber erhalten die Versicherten nicht mehr als sie für die Versicherung selbst zahlen, wenn man die große Zahl von Krankheitsfällen in Abrechnung bringt, die durch Unfälle entstanden sind, für die bekanntlich die Krankenversicherung bis zur 13. Woche aufzukommen hat, für die aber eigentlich die Unternehmer aufzukommen hätten. (Veipz. Volkszeitung.)

Streiks und Lohnbewegungen.

Ostendach. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden, die bei unserer Bewegung gefordert und deren Einführung seitens der Unternehmer zum 1. November zugesagt wurde, ist am genannten Tage glatt durchgeführt worden. Wir werden in der nächsten Nummer ausführlichen Bericht erstatten.

Den Zugung bitten wir vorläufig fern zu halten.

Eingesandt.

Frankfurt a. M., den 11. November 1900.

Mit dem in der Zeitung Nr. 19 gemachten Vorschlag der Dresdener Filiale über ein einheitliches Reglement des Zentral-Arbeitsnachweises beschäftigte sich die Filiale Frankfurt a. M. in den letzten beiden Mitglieder-Versammlungen. Da es bei den jetzigen Verhältnissen in unserer Organisation noch nicht möglich ist, eine durchgreifendere Reform zu treffen, erkennt die Filiale Frankfurt a. M. den Vorschlag der Dresdener Kollegen im Wesentlichen an, doch wünscht sie einige Zusätze und Umgestaltungen der einzelnen Punkte, da es nach Ansicht der hiesigen Kollegen besser ist, wenn einige Paragraphen in unten folgendem Sinne umgeändert würden. Bei Vermittlung von Arbeit können wir uns wohl nicht nur auf Verbands-Kollegen berufen; da doch der Arbeits-Nachweis zur Hebung des Verbandes dienen soll, müßten wir auch so weit als möglich den nichtorganisierten Kollegen Gelegenheit geben, dieses Institut zu benutzen, ferner wäre wohl das Umweisen des Umschauens doch nicht ganz abzuschaffen, da der Verbands-Arbeitsnachweis zum größten Theile von den Arbeitgebern gemieden wird und es leicht vorkommen könnte, wenn aus kleineren Werkstätten organisierte Kollegen fortgingen, daß diese Stellen dann durch Indifferente besetzt würden. Ehrenpflicht eines jeden organisierten Kollegen ist es, das Umschauen zu unterlassen, doch einen direkten Druck auszuüben, sind wir wohl nach der Stärke unserer Organisation nicht in der Lage. Auch wünschen die hiesigen Kollegen, daß die Auszahlung der Reiseunterstützung mit dem Arbeitsnachweis verbunden wird, da hierdurch die Durchführung des Reglements wesentlich erleichtert wird. Der von der Filiale Frankfurt a. M. diskutierte Vorschlag würde folgendermaßen lauten:

§ 1. Der Zentral-Arbeitsnachweis hat den Zweck, eine einheitliche Arbeitsvermittlung herbeizuführen; er steht jedem Verbandskollegen unentgeltlich zur Verfügung, Nicht-Mitglieder können nur berücksichtigt werden, wenn genügend Stellen vorhanden sind.

§ 2. Um dieses zu erreichen, ist vom Zentral-Vorstand eine Zentralfiliale zu errichten, welche dazu bestimmt ist, die Stellenvermittlung zu regeln, direkt vermittelt sie nicht. Einzel-Mitglieder müssen sich an die nächsten Filialen wenden.

§ 3. Jede Verwaltungsstelle ist verpflichtet, einen Total-Arbeitsnachweis zu errichten, der jeder Zeit mit der Zahlstelle in Verbindung steht.

§ 4 nach 4 des Dresdener Vorschlags.

§ 5 nach 15

§ 6 Jede Verwaltungsstelle hat einen den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Minimallohn festzusetzen, welcher den in Arbeit tretenden Gehilfen gezahlt werden muß.

§ 7 nach 13 des Dresdener Vorschlags.

§ 8 nach 14

§ 9. Der örtliche Arbeitsnachweis hat täglich zu bestimmten Stunden stattzufinden, die Auszahlung der Reise-Unterstützung ist unbedingt damit zu verbinden.

§ 10. Die in den Filialen gewählte Arbeitsnachweis-Kommission hat auf Grund dieses Reglements eine den örtlichen Verhältnissen angepasste Geschäftsordnung auszuarbeiten. Sie hat ferner einen Obmann zu wählen; dieser führt die Korrespondenz mit der Zentralfiliale und hat vierteljährlich Bericht zu erstatten. Jeder Wechsel des Obmanns ist sofort der Zentralfiliale mitzutheilen.

§ 11 nach 7 des Dresdener Vorschlags.

§ 12 nach 8

§ 13 nach 9 " " " mit Zusatz: bei Durchreisenden ist § 10 des Reiseunterstützungs-Reglements in Anwendung zu bringen.

§ 14 nach 16 des Dresdener Vorschlags.

§ 15 nach 10

§ 16 nach 11

§ 17 nach 12

§ 18 nach 19

§ 19 nach 20

Die Filiale Frankfurt a. M.

Der Vorstand der Filiale Berlin IV fordert den Referenten, der in der Filiale I über den Berliner Mittelfreien-Sattlerstreik gesprochen hat, auf, die Behauptungen, die er in seinem Referat am 6. Oktober gemacht hat, auf diesem Wege zu begründen.

Der Vorstand.

E. Wagner. H. Weimann. F. Hilbrandt.
Sap. W. Kasper.

Gelegentlich der Auszahlung der Reiseunterstützung ist mir ein Fall vorgekommen, der wiederum beweist, wie unvorsichtig seitens der mit der Auszahlung der Unterstützung betrauten Kollegen zu Werke gegangen wird. Im Juni dieses Jahres ist der Sattler Josef Hofmann aus Warasdin (Oesterreich) in der Filiale Berlin IV als Mitglied aufgenommen worden, wobei die Bemerkung ins Mitgliedsbuch gemacht wurde: „Inhaber dieses war Mitglied des Gewervereins der Schuhmacher und Lederarbeiter zu Augsburg und ist unterstützungsberechtigt. Hilbrandt“. Daraufhin hat Hofmann, nachdem er 6 Wochen in Berlin bezahlt, in Hamburg, Magdeburg, Dessau und Leipzig Unterstützung (gegen 12 Mark zusammen) abgehoben, die ihm auch, wie er mir versicherte, anstandslos ausgezahlt wurde. — Ich frug zunächst beim Bevollmächtigten der Filiale Berlin IV, Kollegen Wagner, an, um zu erfahren, ob etwa ein Irrthum oder Betrug vorliege, denn ich konnte mir nicht denken, daß ein Kollege, der Aufnahmen vollzieht, nicht wissen sollte, daß wir mit den Schuhmachern und Lederarbeitern in keinem Gegenseitigkeitsverhältnis stehen, und noch dazu dem „Gewervereins zu Augsburg“, wie wörtlich geschrieben war, der meines Wissens Hirsch-Dunder'scher Richtung ist. Auf diese Anfrage warte ich nun bereits 6 Wochen vergebens auf Antwort, und sehe ich mich nun veranlaßt, diesen Fall in der Zeitung zu veröffentlichen, damit er allen Kollegen, die mit der Aufnahme von Mitgliedern und mit der Auszahlung der Reiseunterstützung betraut sind, als Warnung dienen möge.

Dresden.

Paul Scholz.

Selbstverständlich hat der betr. Kollege kein Anrecht auf Unterstützung gehabt. Wir ersuchen ihn, die zu Unrecht erhaltene Unterstützung an die Hauptkasse zurückzugeben.

Der Vorstand.

J. A.: Joh. Sassenbach.

Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

Abrechnung vom 1.—14. November 1900.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Jena 18,—, Bremerhaven 40,—, Charlottenburg 20,—, Danzig 20,—, Gießfeld 100,— Mk. Summa 201,— Mk.

Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern: J. Hoffmann-Rostschin 0,50, (J. Schlangen 0,50, R. Ehrhardt 0,50 -Bieberach), W. Tiede-Jever 0,50 Mk. Summa 2.- Mk.

Beiträge von Einzelmitgliedern: L. Gregeren-Apenrade 2,60, A. Hindland-Simmern 1.-, W. Schened-Döbeln 2,60, D. Grethe-Genthin 2,60, B. Franke-Schönebeck 1,20, (C. Böcker 2.-, E. Mähler 2.-, J. Schramm 2.-, Rostock) S. Christiansen-Großenhain 3.-, M. Dertel-Schmölln 5.-, Ch. Finemann-Gimsborn 2.-, D. Richter-Koblenz 3,20, G. Hoffmann-Rostschin 0,20, (D. Feige 1,60, S. Malz 2,40, E. Weber 1,80 -Glogau), W. Ritsche-Wanne 3.-, G. Frey-Hüttensteinach 2,80, G. Margraf-Melbörj 3,20, F. Subl-Mölbis 3,40, (J. Schlangen 1.-, R. Ehrhardt 1.- -Bieberach), W. Tiede-Jever 2,60, S. Gilmer-Lübeck 3,60 Mark. Summa 55,80 Mark.

Für die im Streit gewesenen Militärsattler
Berlin I: Leipzig I 25,90, Bremerhaven 4.-, Straßburg 19,20,
Berlin III 91,20 Mk. Summa 140,30 Mk.

Georg Standke, Hauptkassirer.
Berlin SO.
Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Die **Provincial-Konferenz für Brandenburg** findet am 26. Dezember d. J. in Berlin, „Arminhallen“, Kommandantenstraße 30, statt.

Die Tages-Ordnung lautet:

1. Bericht der Agitations-Kommission für die Provinz.
2. Bericht der einzelnen Distrikte.
3. Organisation, Agitation.
4. Presse.
5. Anträge.
6. Verschiedenes.

Sollten Delegierte zu irgend einem Punkt ein Referat übernehmen, so bitte mir sofort Mitteilung zu machen.

J. A.: G. Standke, Engel-Ufer 15.

Achtung, Militäreffekten-Sattler!

Auf dem Lohnsatz, der vor dem Berliner Gewerbegericht angenommen ist, muß es unter der laufenden Zahl 88 nicht heißen 4 Laue schließen und beledern 15 Pfg., sondern 2 Laue schließen und beledern 15 Pfg.

J. A.: E. Wagner.

Nachtrag zum Dresden-Verzeichnis.

Beisitzer: B. Max Wehle, Kaiserstr. 61.
Beisitzer: B. F. Wind, Schöneberg 64. Hilfe-Unterstützung bei Karl Kraus, Wielandstr. 82, IV.
Beisitzer: K. Sebastian Drexelius, Schmiedestr. 16 (12-1, 6-7).
Beisitzer: K. Petrus Augspurger, 4. Querstraße 3.
Beisitzer: K. E. Wölfler, Jakobstr. 23, II. Verkehrslokal: Jankowski, Selenstraße 22 (8-9).
Beisitzer: B. Ludwig Schlettner, Ludwigr. 129, III.
Beisitzer: L. K. Oskar Berger, Lindenau, Georgstr. 4, I. (halb 1 bis 1, 7 bis halb 8).

Bericht vom Arbeitsnachweis der Sattler Berlins für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1900.

1. Eingelaufene Stellen 148 — 2. Es wurden verlangt 194 — 3. Hieron befest 89 — 4. von Nichtorganisierten 2 — 5. von Organisierten 87 — 6. Organisierte eingeschrieben 219 — 7. Unorganisierte eingeschrieben 16 — 8. Reiseunterstützung ausgezahlt 52 mal zusammen 187,54 — 9. Geforderte Beitragsmarken 451 — 10. Mitgliedererhöhungen 80 — 11. Anmeldungen 14 — 12. Abmeldungen 10 — 13. Eingelaufene Beschwerden 1. Die Beschwerde betraf das Zusammentreffen eines Arbeitsvermittlers.

Die Angaben 1-7 gelten mit Ausschluß der Tischlerbranche. Die Arbeitsnachweis-Kommission.

Donn. Am 28. Oktober hatte hier eine Besprechung stattgefunden betreffs Verbesserung der Löhne für Militärsattler.

Resultat war, dem Herrn Sammersbach unsere Forderungen in einem Schreiben zu unterbreiten.

Dieserhalb hatten wir in letzter Versammlung als 3. Punkt der Tagesordnung: „Endgültige Beschlussfassung der Militäreffektensattler“. Zunächst wurde das Schriftstück vertlesen, welches, wie beschlossen, an Herrn Sammersbach abgeschickt werden sollte.

Dasselbe enthält unter Hinweis auf die neuen Berliner Preise, die Forderung, dieselben auch hier zu bewilligen. Außerdem werden darin noch einige Mißstände in der Fabrik von Sammersbach erwähnt, zum Beispiel langes Warten beim Ausfassen und Abbletern, worin ebenfalls Abhilfe verlangt wird. Das Schreiben ist unterzeichnet von 11 hauptsächlich in Betracht kommenden Kollegen. Es wird Herrn Sammersbach freigestellt, falls er zu unterhandeln wünscht, von den Unterzeichneten sich mehrere auszusuchen. Als Adressat einer schriftlichen Antwort wurde Kollege Guden, Roisdorf, gewählt. Zum Schluß wurde noch der Nutzen des Vertrauensmännerbüros besprochen und die praktische Anwendung für Roisdorf empfohlen. Kollege Franz Steinmann,

Bornheim wird sofort als Vertrauensmann für Roisdorf und Umgebung gewählt. Dadurch ist den Kollegen Gelegenheit geboten, ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen, ohne die Versammlungen in Born besuchen zu müssen, was Ihnen nicht immer möglich ist. Nach Eintritt von 7 Kollegen in den Verband wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Dresden. Eine öffentliche Sattlerversammlung tagte am 8. November im Gewerkschaftshaus. Zum 1. Punkt hält Herr Redakteur Bloch einen Vortrag über Darwinismus. Der lehrreiche Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der sich hier anschließenden Fragezeiteldebatte wurden 10 Fragen erledigt. Zu Punkt 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell theilt Kollege Sauer mit, daß der Bericht noch nicht fertiggestellt ist. Hiermit ist der 2. Punkt erledigt. Beim 3. Punkt, Gewerkschaftliches, schilderte Kollege Bär die Ursachen der Differenzen bei der Firma Winter u. Komp. in Bischofswerda, Militäreffektenfabrik. Bei genannter Firma werden z. B. Brotbeutel gefertigt, es ist Teilarbeit, es giebt für alles zusammen ca. 30 Pf., während es in Berlin 55 Pf. giebt. Die dort beschäftigten Kollegen hatten Grund genug, um Lohnaufbesserung nachzusuchen. Die Firma benutzte aber andere Werkstatt-Angelegenheiten und entließ 4 Kollegen kündigunglos. Diese Angelegenheit wurde dem Agitationskomitee überwiesen und über die Fabrik die Sperre verhängt.

Eiberfeld. Am 8. November fand eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. „Sind die Militäreffekten-Arbeiter des Wuppertales gewillt ihre Lage zu verbessern?“ Das einleitende Referat hatte Genosse Haberland übernommen. Redner griff in die 70 er Jahre zurück, wo die Sattler noch einen auskömmlichen Lohn verdienten, wovon aber jetzt, durch die übermäßige Akkordarbeit und das Zwischenmeisterbüro verursacht, nichts mehr zu merken ist. Die Sattler sind auf das Niveau der am schlechtesten bezahlten Arbeiter gekommen, dank ihrer klauen Beteiligung an der Organisation. Redner fährt fort, daß gerade die Sattler die günstigste Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse vornehmen können, wenn jeder denkende Kollege es endlich einsehen würde, daß er von den Unternehmern keine Rücksicht zu erwarten habe und daß er nur auf sich selbst, resp. auf die Kraft seiner Organisation angewiesen ist. Er forderte daher die anwesenden nicht organisierten Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen, um endlich der Willkür der Fabrikanten Einhalt zu thun. In der darauffolgenden Diskussion wurde ebenfalls die Laubbild der Eiberfeld-Barmer Kollegen kritisiert, und man kam zu dem Ergebnis, daß nur geschlossen kann vorgegangen werden, um unsere elende Lage zu verbessern, zumal jede Regung der Arbeiter nach Besserstellung ihrer Lebenslage von Seiten der Fabrikanten illusorisch zu machen versucht wird. Im 2. Punkt: „Wie stellen wir uns zu den Antworten der hiesigen Fabrikanten?“ mußte der Vorsitzende leider bedauern, daß zur Zeit noch keine Antworten eingelaufen sind, und voraussichtlich es die Unternehmer nicht der Mühe wertig halten, uns zu antworten. Es wurde ein Antrag gestellt dahingehend, von jeder Fabrik zwei Vertrauenspersonen zu wählen, die mit dem Fabrikanten Besprechung über dem ihm zugesandten Tarif halten sollen. Nach Annahme dieses Antrags wurde die von 91 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Leipzig. In der am 4. November stattgefundenen Versammlung referierte Genosse Reusch in 1 1/2 stündigem Vortrag über das Thema: Neutralität der Gewerkschaften. Die Frage, ob sich die Gewerkschaften mit Politik beschäftigen sollen oder nicht, wurde bereits vor 30 Jahren aufgeworfen und von den an der Spitze stehenden Genossen zu Gunsten der politischen Bewegung entschieden. Diesmal ist es Genosse Bebel, welcher in der über diese Frage herausgegebenen Broschüre Veranlassung gab, hierüber zu diskutieren. Genosse Bebel ist der Meinung, die Gewerkschaften sollen keine Politik, sondern nur Sozialpolitik treiben. Nachdem sich die Wogen der 48 er Revolution gelegt hatten, kamen Marx, Engels, sowie Lassalle und Diebnecht zu dem Entschluß, Arbeiterorganisationen zu gründen. Lassalle war der Ansicht, große Verbände ins Leben zu rufen; er sagte, dem deutschen Arbeiter brauche man es nicht erst zu sagen, daß es ihm schlecht geht, er will nur den Weg gezeigt wissen, um zum Ziele zu gelangen. Diese Ansichten haben sich aber als unzutreffend erwiesen. Denn neben den sozialistischen Verbänden wurden von Seiten der Fortschrittspartei die Christlich-Deutschen Gewerksvereine gegründet, ebenso katholische und evangelische Gesellenvereine ins Leben gerufen. Später kam noch das Sozialistengesetz mit seinen furchtbaren Folgen. Die oben genannten Vereinigungen scheuten kein Mittel, den sozialistischen Gewerkschaften den Boden abzugraben, aus diesen kamen die Streikbrecher und von uns schwer errungenes wurde gerne eingeholmt, ohne das geringste gethan zu haben. Es war deshalb notwendig, um die Gewerkschaften auf die Höhe zu bringen, auf der sie heute sind, den Arbeiter in allen politischen Fragen aufzuklären.

Die Versammlung war nicht mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und fand eine in diesem Sinne gehaltene Resolution einstimmige Annahme.

In der weiteren Tagesordnung wurde Kollege Weiskönig zum Delegierten ins Gewerkschaftskartell, Kollege Garde als provisorischer Leiter des Agitationskomitees gewählt. Die Rassenangelegenheiten werden vom Kollegen Pierold erledigt. Kollege Berger macht auf den vom Genossen Lipinski herausgegebenen Arbeiterführer aufmerksam, derselbe ist jedem Arbeiter aufs wärmste zu empfehlen.

Es entspann sich ferner noch eine lebhaftige Debatte über die Nichtbezahlung der 25 pCt. für Ueberstunden bei der Firma M. Mädlar. Dieselbe beghlt nur 10 pCt. Sämtliche Redner kamen zu der Ueberzeugung, daß man weniger bei der Firma Mädlar als bei den eigenen Kollegen auf Widerstand stößt. Weiter ist es schwierig, derartige Forderungen durchzudrücken, wenn verschiedene Berufszweige in ein und demselben Geschäft thätig sind. Schluß der gut besuchten Versammlung um 12 Uhr.

Verteilungen. Am 3. November tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung war eine reichhaltige. Sie umfaßte 6 Punkte. Die wichtigsten Punkte waren: ein Vortrag von unserem Kollegen Hedling über „die Gewerkschaftsbewegung im Anfang des 20. Jahrhunderts“ und ferner „der Zentralarbeitsnachweis“.

Mit kurzen, leicht verständlichen Worten fesselte der Vortragende seine Zuhörer. Seinen Schluß sagte er mit dem Satz zusammen, daß man sich organisieren soll, denn dann habe man Mittel in der Hand, um seine Lage zu verbessern. Als weiterer Punkt wurde der Zentralarbeitsnachweis angeschnitten. Zu demselben hatte sich ein Genosse, Textilarbeiter, in unserer vorletzten Versammlung angeboten, etliche Erläuterungen zu geben. Unsere Hoffnung wurde aber gründlich getäuscht. Er wollte uns nämlich seine arnarkhstischen Anschauungen beibringen, wurde aber von uns ordentlich abgetrumpft. Wie gesagt, zu der Tagesordnung hat er kein Wort verloren.

Nun zum fraglichen Punkt selber. Unsere Ansicht wurde in folgender Resolution zusammengefaßt:

„Die heute im Gambirtus tagende Sattlerversammlung ist mit dem Dresdener Vorschlag in Nr. 19, betreffs Arbeitsnachweis, so weit einverstanden, doch hofft sie, daß der Arbeitsnachweis auch für unorganisierte Kollegen zugänglich gemacht wird.“

Rechtsprechung.

Ueber die Zulässigkeit der Beschlagnahme des einbehaltene Lohnes fällt das Kölner Gewerbegericht eine höchst wichtige Entscheidung. Vor dem betreffenden Gewerbegericht wurde ein Arbeiter gegen die Firma Gebr. van der Zypen klagbar, weil diese 19 Mt. verdienten Lohnes infolge der Nichtreimbaltung der Kündigungsfrist einbehält. Der § 894 des B. G. B. verbietet dieses Einbehalten von Lohn bekanntlich. Die Firma berief sich aber darauf, daß in der vom Kläger anerkannten Arbeitsordnung die Gültigkeit dieses Paragraphen aufgehoben sei. Das Urtheil lautete auf Zahlung der geforderten 19 Mt. unter folgender Begründung: Die beklagte Firma bestritt nicht, daß der Kläger den Lohn verdient habe, aber sie wolle ihn gemäß ihrer Fabrikordnung als Schadenersatz behalten, weil der Kläger die Arbeit ohne Kündigung verlassen hat. Dieses Verfahren ist eine Aufrechnung, die durch § 894 des B. G. B. untersagt ist. Wenn die Firma einwende: sie habe die Gültigkeit des § 894 durch gegenseitige Vereinbarung für ihren Betrieb aufgehoben, so sei diese Aufhebung ungültig; denn der § 894 sei zwingendes Recht, das nicht durch Verträge außer Kraft gesetzt werden könne. — Das Urtheil ist deshalb von größter Wichtigkeit, weil namhafte industrielle Werke gleich dem oben genannten diesen Paragraphen durch Bestimmungen ihrer resp. Arbeitsordnungen außer Thätigkeit zu setzen versuchten, was selbst juristischereits als zulässig bezeichnet wurde.

Innungswesen.

Die Regelung des Lehrlingswesens ist eine der wichtigsten Aufgaben, deren sich die Gesellenausschüsse bei den Innungen zu widmen haben. Die vereinigten Gesellenausschüsse Breslaus haben in ihrer letzten Versammlung den Bericht der von ihnen eingesetzten Kommission entgegen genommen und folgende Forderungen festgelegt, die in den einzelnen Innungen verfochten werden sollen:

1. Die Lehrzeit darf den Zeitraum von 3 Jahren nicht überschreiten.
2. Zahl der Lehrlinge. Meister, die keinen bis 3 Gesellen beschäftigen, dürfen 1 Lehrling beschäftigen, solche, die 4—5 Gesellen beschäftigen, 2 Lehrlinge, bei 6—10 Gesellen 3 Lehrlinge; auf je weitere 10 Gesellen kommt ein Lehrling mit der Maßgabe, daß über 10 Lehrlinge kein Meister halten darf.

3. Die Arbeitszeit der Lehrlinge darf 10 Stunden täglich nicht übersteigen; zu Ueberstunden dürfen sie nicht herangezogen werden, ebenso wenig zur Sonntagsarbeit.

4. Lehrgeld darf vom Lehrling nicht erhoben werden.

5. Aufnahme- und Freipreß-Gebühren dürfen vom Lehrling nicht erhoben werden.

6. Fachschulen. Die Innungen sind verpflichtet, ihre Lehrlinge zum Besuch einer Fachschule anzuhalten. Die Unterrichtszeit hat in die täglichen Arbeitsstunden zu fallen.

7. Zu häuslichen Arbeiten dürfen Lehrlinge nicht herangezogen werden.

8. Die Schlafstätten derjenigen Lehrlinge, die im Hause des Lehrherrn Wohnung erhalten, müssen der Breslauer Polizeiverordnung vom 4. 8. 98 entsprechen.

9. Die Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften hat eine Kommission zu überwachen, die je zur Hälfte aus Meistern und Gesellen besteht.

Vermischtes.

Unsere Berliner Kollegen machen wir auf die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, die zu unentgeltlicher Benutzung für Jedermann in den letzten Tagen des Oktober vorigen Jahres im Gartenhaus des Grundstücks Alexandrinenstraße 26 eröffnet worden ist, besonders aufmerksam.

Die behaglich ausgestatteten Leseräume, sind an Wochentagen von 5½ bis 10 Uhr Abends und an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 und 3 bis 8 Uhr geöffnet und sind jetzt nahezu 400 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung, sowie eine umfangreiche Nachschlagebibliothek zur freien Benutzung der Besucher vorhanden.

Für die Benutzung des Instituts bestehen keinerlei erschwende Förmlichkeiten. Der Eintritt in die Les- und Arbeitsräume steht Jedermann ohne weiteres frei. Auch in der Ausleihbibliothek erhält die zur Benutzung der Bibliothek berechtigte Karte ein Jeder, der sich in irgend einer Weise über seine Identität auszuweisen vermag.

Bücherschau.

Bernstein: „Zur Frage Sozialliberalismus oder Kollektivismus“. Berlin 1900. Berl. d. Soz. Monatshefte. Fr. 50 Pfg.

Dönneke: „Die Stenographie und ihre Nothwendigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung“. Münchhausen 1900. Selbstverlag. Fr. 60 Pfg.

Eichhorn: „Ein freies Wort an alle edel denkenden Deutschen wegen des Gesetz-Entwurfs zum Schutze der Arbeitswilligen“.

Eisner: „Wilt. Liebknecht, Sein Leben und Wirken“. Berlin 1900. Buchhdlg. Vorwärts. Fr. 30 Pfg.

Eulenburg: „Münchhausen“. Schauspiel. Berlin 1900. Verlag Sassenbach. Fr. 2,— Mt.

Kressin: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“. Leipzig 1900. Kommissions-Verlag der Leipz. Volksbuchhdlg. Fr. 15 Pfg.

Kommerell: „Arztliches über das Trinken“. Hilsenheim 1899. Mäßigkeits-Verlag des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke.

Sombart: „Dennoch“. Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftl. Arbeiterbewegung. Verlag Gustav Fischer. Jena 1900. Fr. 80 Pfg.

Stadthagen: „Führer durch das Unfallversicherungs-Gesetz“. Verlag J. G. W. Dietz. Fr. 75 Pfg.

Stenz: „Die Division, der wissenschaftliche Wahnsinn unserer Zeit“. Dresden 1900. Verlag des Weltbundes gegen die Division.

v. Volkmann: „Für die Freiheit der Kunst“. München 1900. Verlag von Pichelmann.

Briefkasten.

Breslau. Da der Bericht gar nichts enthält, das andere Verwaltungskreisen interessieren kann, so verzichten Sie wohl auf die Veröffentlichung.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Sassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15.
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin S., Köpenicker-Ufer 11.

Anzeigen.

Ein tüchtiger **Poliermacher** auf bessere Handlöffel, (aber nur solcher), wird für dauernd gesucht.
Arbeitsnachweis der Sattler, Gewerkschaftshaus, Zimmer 34, Abends 8—9.

Lebens- und Gewerkschaftsversicherungen bearbeitet
G. Sandke, Berlin S.O., Engel-Ufer 15, u. 4 Tsp.

Decorations-Zuschneide-Lehre!

Reicht fast. Methode m. d. 33 Stufen. Preis 1 Mark, gegen Nachnahme oder Einsendung des Betrages in Marken versendet. **H. G. Geer, Decorateur, Frankfurt a. M., Wilschellgasse, 76** oder die Exped. d. Bl.

Fachschriften u Lehrbücher
für Handwerker, Gewerbetreibende
Kataloge gratis u. franko
JOH. SASSENBACH, Bücher-Versand, BERLIN